



REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister für
Föderalismus und Verwaltungsreform
Jürgen WEISSII-12070 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. GesetzgebungsperiodeA-1014 Wien, Minoritenplatz 3
Tel. (0222) 531 15/2830
Fax (0222) 531 15/2857
DVR: 0000019

Zl. 353.270/30-I/6/93

22. Dezember 1993

An den
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHERParlament
1017 W i e n5439/AB
1993 -12- 23
zu 5562 1J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Müller, DDr. Niederwieser, Strobl, Mag. Guggenberger und Genossen haben am 10. November 1993 unter der Nr. 5562/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend mögliche "Transitgespräche" des niederösterreichischen Landeshauptmannes mit EG-Vertretern in Brüssel gerichtet. Diese aus Gründen der Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Abgesehen von dem Umstand, daß der Inhalt dieser Anfrage nicht "Gegenstand der Vollziehung" in dem mir gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG übertragenen Wirkungsbereich ist, ist mir weder aus eigener Wahrnehmung noch aus Berichten der österreichischen

- 2 -

Vertretungsbehörden in Brüssel bekannt, inwieweit der niederösterreichische Landeshauptmann im Rahmen seines Aufenthaltes in Brüssel "Transitgespräche" mit EG-Vertretern geführt hat.

Zu den Fragen 2 bis 5:

Im Hinblick auf die Beantwortung zur Frage 1 ist mir die Beantwortung dieser Fragen leider nicht möglich.

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Willemer'.

Nr. 5562 W

BEILAGE

1993 -11- 10

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Müller, DDr. Niederwieser, Strobl, Mag. Guggenberger und Genossen
an den Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform
betreffend mögliche "Transitgespräche" des niederösterreichischen Landeshauptmannes mit EG-Vertretern in Brüssel

Der Landeshauptmann von Niederösterreich, Dr. Erwin Pröll, absolvierte Ende September 1993 eine Reise zur EG-Kommission in Brüssel.

Dem Vernehmen nach soll es dabei auch zu Gesprächen bezüglich des Transitverkehrs gekommen sein. Dies zu einem Zeitpunkt, in dem die Linie der EG - nämlich Österreich in schützenswerte und weniger schützenswerte Gebiete aufzuteilen - bereits bekannt war.

Die unterzeichneten Abgeordneten gehen von den diesbezüglichen Beschlüssen des Nationalrates und der Bundesregierung (Transitvertrag: voller Inhalt, volle Laufzeit, gesamtösterreichische Geltung) aus und richten an den Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform nachstehende

Anfrage:

1. Ist es bei der Brüssel-Reise des niederösterreichischen Landeshauptmannes Ihres Wissens zu Transitgesprächen gekommen?
2. Wenn ja: Gibt es dazu einen hier wiederzugebenden Vermerk der österreichischen Botschaft?
3. Hielt sich der niederösterreichische Landeshauptmann an die Vorgabe, wonach der Transitvertrag das gesamte österreichische Bundesgebiet betrifft oder tätigte er anderslautende Aussagen?
Wenn ja: Welche?
4. Fielen in diesem Zusammenhang die Transitbelastung anderer Bundesländer abwertende Bemerkungen usf.?
5. Folgte Ihres Erachtens der Landeshauptmann von Niederösterreich der österreichischen Position oder schloß er sich der EG-Position nach Aufsplitterung Österreichs in transitmäßig schützenswerte und weniger schützenswerte Regionen an?